

Absage an die Eurobombe



Vor einigen Jahren noch undenkbar: Prominente Stimmen aus verschiedenen Parteien forderten zuletzt Atomwaffen für die EU. Sie nehmen dabei in Kauf, den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) zu brechen und eine beispiellose nukleare Aufrüstung in Europa zu starten. Wie realistisch ist diese Idee? Und was ist davon zu halten? Darüber sprachen wir bei unserer Podiumsdiskussion am 16. März 2024 mit EU-Abgeordneten und Kandidierenden für die Europawahl.

Das Interesse war riesig: Simon Bödecker von Ohne Rüstung Leben begrüßte rund 120 Menschen im Düsseldorfer Kulturzentrum »zakk«. Mehr als zweitausend Mal wurden der Livestream und die Videoaufzeichnung bislang aufgerufen. Offensichtlich suchen viele Menschen nach verlässlichen Informationen zur europäischen Friedens- und Sicherheits-

politik. Umso bedauerlicher, dass sich von FDP und CDU/CSU – trotz frühzeitiger Einladungen – niemand der Debatte stellte.

»Barley war nicht gut beraten«

Alle Teilnehmenden auf dem Podium betonten, dass sie persönlich EU-Atomwaffen ablehnen. Jutta Paulus (Grüne) nannte die von ihrem Parteifreund Joschka Fischer angestoßene Debatte »substanzlos«. Professor Dietmar Köster (SPD) sagte, die SPD-Spitzenkandidatin Katarina Barley sei nicht gut beraten worden. Technisch und politisch sehe er keine Voraussetzungen für eine Eurobombe. Hier jedoch gingen die Einschätzungen auseinander: Özlem Alev Demirel (Linke) berichtete, dass im Hintergrund sehr wohl konkret über EU-Atomwaffenkapazitäten bzw. eine

Thomas Geisel,
Jutta Paulus,
Moderator Andreas
Zumach, Özlem
Alev Demirel und
Dietmar Köster
auf dem Podium
in Düsseldorf
Foto: Simon
Bödecker

Teilhabe an französischen Atomwaffen gesprochen werde. »Das ist keine Phantomdebatte«, betonte die stellvertretende Vorsitzende des EU-Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung.

Thomas Geisel (BSW) beklagte, dass die Politik gerade alle Verbindungen abbreche, die für eine künftige Entspannung in Europa nötig seien. Demirel warnte zudem, dass die Verunsicherung der Menschen genutzt werde, um die EU Schritt für Schritt in eine Militärunion umzuwandeln. Und Köster erläuterte, die Europäische Union suche gerade ihre Rolle in einer stark veränderten Welt. Um eine atomare Eskalation zu verhindern und eine neue europäische Sicherheitsarchitektur möglich zu machen, sei es extrem wichtig, dass sich die Zivilgesellschaft in diese Entwicklung einmische.

Grenzen des Denkbaren und gewöhnen die Öffentlichkeit langsam daran, dass Massenvernichtungswaffen wohl irgendwie dazugehören zu einem sicheren Leben.

Dabei ist das Gegenteil der Fall: Wer nukleare Abschreckung fordert, ignoriert die katastrophalen humanitären und ökologischen Folgen und setzt uns alle der ständigen Gefahr eines Atomkrieges aus. Zudem lenkt die Debatte davon ab, dass die Politik viel zu wenig tut, um Initiativen für Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die konkrete Unterstützung von Betroffenen im Rahmen des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV) voranzubringen. Daher fordern wir die Kandidierenden für die Europawahl und alle EU-Abgeordneten auf, jeglicher atomaren Aufrüstung eine klare Absage zu erteilen.

Simon Bödecker

Atomarer Aufrüstung eine klare Absage erteilen

Für uns gehört dazu auch, den nuklearen Gedankenspielen der Fischers, Barleys, Webers und Lindners deutlich zu widersprechen. Denn sie verschieben die

Die Podiumsdiskussion in Düsseldorf wurde vom Trägerkreis »Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!« organisiert. Unseren ausführlichen Bericht dazu finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024.

Eurobombe stoppen

Aufruf an alle Kandidierenden und Abgeordneten des EU-Parlamentes



Verteilen oder senden Sie jetzt unser neues Faltblatt an Kandidierende bei der Europawahl und an Abgeordnete. Unsere Forderungen an die EU-Politik:

- Machen Sie sich dafür stark, dass die EU keine eigenen Atomwaffen erhält und auch keine gemeinsame Planungs- und Befehlsstruktur für Atomwaffen aufbaut!
- Setzen Sie sich für den Abzug beziehungsweise die Abrüstung aller Atomwaffen in der EU und den Beitritt aller Mitgliedsstaaten zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag ein!

- Bekennen Sie sich jetzt zum Ziel einer atomwaffenfreien Welt, indem Sie die ICAN-Erklärung für Abgeordnete unterzeichnen!

Weitere Faltblätter erhalten Sie kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.



»Viel zu gefährlich und destabilisierend!«

Interview mit Bram Schulte von der belgischen Friedensorganisation »Vrede vzw«

Die humanitären Folgen von Atomwaffen machen nicht vor Grenzen halt – die Arbeit für eine atomwaffenfreie Welt jedoch auch nicht! In einer losen Reihe stellen wir Ihnen Menschen aus anderen europäischen Ländern vor, die sich mit uns für atomare Abrüstung einsetzen. Im vergangenen Jahr waren dies Daniele Santi von »Senzatomica« (Italien) und Alejandra Muñoz von »PAX« (Niederlande). Diesmal sprachen wir mit Bram Schulte, Referent für Atomwaffen bei der belgischen Friedensorganisation »Vrede vzw«.

Lieber Bram, wie viele Atomwaffen gibt es in Belgien und wo sind sie stationiert?

Seit 1963 sind auf dem Luftwaffenstützpunkt Kleine Brogel – im Westen Belgiens, nahe der niederländischen und deutschen Grenze – etwa 10 bis 20 Bomben vom Typ B61 stationiert. Es wird erwartet, dass sie genau wie in den anderen Teilhabestaaten bald durch B61-12 ersetzt werden. Artikel 185 der belgischen Verfassung verbietet die Stationierung und den Transit ausländischer Streitkräfte, es sei denn, ein Gesetz gestattet sie. 1962 erließ die belgische Regierung ein solches Gesetz für NATO-Streitkräfte. Das Föderale Parlament wollte dabei die Stationierung von Atomwaffen ausdrücklich ausschließen, ließ den entsprechenden Artikel jedoch fallen, als der Außenminister versicherte, dass die Föderalregierung niemals die Stationierung von Atomwaffen in Belgien zulassen würde. So konnte die Regierung dann am Parlament vorbei ein Abkommen mit den USA über die Stationierung von Atomwaffen abschließen. Der Gipfel des Ganzen ist, dass diese Entscheidung bereits feststand, bevor das Parlament das Gesetz von 1962 überhaupt verabschiedet hatte.

Bitte erzähle uns mehr über »Vrede vzw«. Was sind eure Ziele und Aktivitäten?

»Vrede vzw« ist die älteste Friedensorganisation in Belgien. Unser Ziel ist der demokratische Aufbau einer friedlichen und gerechten internationalen

Gesellschaft. Wir tragen dazu bei, indem wir die Menschen informieren und mobilisieren, sich zu Fragen der Außenpolitik einzubringen. Unter dem Motto »Abrüsten, um zu entwickeln« wenden wir uns seit 1949 gegen die Militarisierung von Sicherheitsfragen und gegen die Umnutzung von Mitteln für Krieg und Rüstung. Wir setzen uns für eine Gemeinschaft ein, die auf gemeinsamer und menschlicher Sicherheit basiert, in der die Lebensbedürfnisse aller Menschen erfüllt und gleichzeitig die Belastungsgrenzen unseres Planeten respektiert werden. Schon immer stehen wir dabei klar gegen Nuklearwaffen und Militarismus.

Wie stehen denn die belgische Regierung und die Bevölkerung zu Atomwaffen?

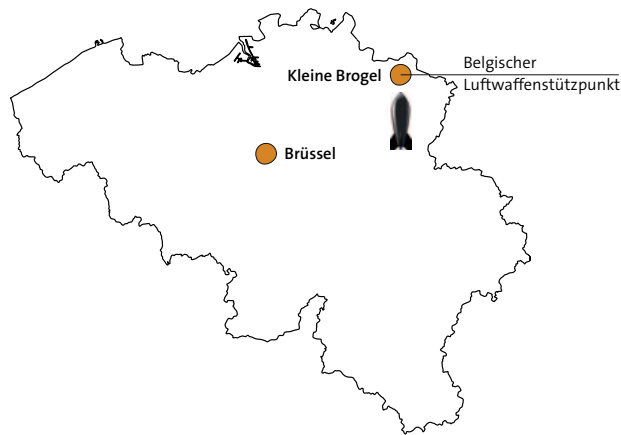
Der Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung enthält eine Verpflichtung zur nuklearen Abrüstung. Offiziell strebt sie eine atomwaffenfreie Welt an. Sie weigert sich jedoch, den Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) anzuerkennen oder sich an sinnvollen Bemühungen zur nuklearen Abrüstung zu beteiligen.



Bram Schulte
Foto: privat

F-16-Kampfflugzeuge auf dem Flugplatz Kleine Brogel
Foto: dpa





So waren die US-Atombomben in Belgien nie Gegenstand öffentlicher oder politischer Debatten und die Haltung der NATO zum AVV wurde von belgischen Beamten, Politikern und der Regierung einfach übernommen. Laut einer Umfrage sprach sich 2020 eine Mehrheit – 57 Prozent – der belgischen Bevölkerung für den Abzug der US-Atombomben aus. Erstaunliche 77 Prozent waren dafür, dass Belgien den AVV unterzeichnet und ratifiziert. Seit dem Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 halten wir diese Umfrage jedoch leider nicht mehr für repräsentativ.

Äußerungen von US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump haben in Deutschland eine Debatte über EU-Atombomben ausgelöst. Wird dieses Thema in Belgien auch diskutiert und was haltet ihr davon?

Wir haben Abgeordnete gebeten, den Verteidigungsminister zu fragen, wie die belgische Regierung zur Eurobombe und zu einer möglichen weiteren Verbreitung von Atomwaffen in Europa steht. Allerdings haben wir noch keine Antwort erhalten.

In den belgischen Medien spielt das Thema keine große Rolle. Es sieht so aus, als würde Belgien weiterhin klar zu seinen Verpflichtungen aus dem Nichtverbreitungsvertrag stehen. Ich kann aber sagen, dass diese deutsche Debatte von uns Friedensorganisationen in Belgien sehr genau beobachtet wird. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein europäischer Staat – oder überhaupt ein weiterer Staat – in den Besitz von Atomwaffen kommt. Das ist viel zu gefährlich und destabilisierend!

Kannst du uns schon mehr über eure nächsten Pläne berichten?

Es ist zurzeit nicht einfach, die breite Öffentlichkeit für unsere Themen zu gewinnen. Das liegt sicher am Krieg in der Ukraine, aber auch an mangelnder Transparenz und der fehlenden öffentlichen Debatte über die US-Atombomben in Belgien und Europa. Wir konzentrieren uns daher darauf, möglichst viele Menschen durch Vorträge, Debatten, Präsentationen und Diskussionsrunden über die nukleare Bedrohung zu informieren. Zudem finden in diesem Jahr in Belgien vier Wahlen statt: Neben der Europawahl auch Bundes-, Regional- und Kommunalwahlen. Wir werden diese Anlässe nutzen, um unsere Forderung nach nuklearer Abrüstung zu verbreiten und hoffen, dass sie bei den Verhandlungen über die neue Regierungskoalition auf angemessene Art und Weise aufgegriffen wird.

Hartelijk bedankt für dieses Interview – und viel Erfolg für eure Arbeit!

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**

Europawahl 2024: Die friedenspolitischen Positionen der Parteien im Überblick

Europawahl 2024

Friedenspolitik
wählen!



Am 9. Juni 2024 ist Europawahl. Damit Sie eine informierte Wahlentscheidung treffen können, haben wir die Wahlprogramme der Parteien durchgearbeitet und die Kernaussagen zu Friedenspolitik, Rüstungsförderung und Migration übersichtlich zusammengefasst. Zusätzlich veröffentlichen wir die Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine.

Diese und weitere Informationen finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/europawahl2024.

Landesbischof Kramer in Büchel

Der EKD-Friedensbeauftragte predigt beim Kirchlichen Aktionstag



Zum siebten Mal ruft die Projektgruppe »Kirchen gegen Atomwaffen« für den 25. Mai 2024 zum Aktionstag in Büchel auf. Aktuell sind klare Botschaften aus den Kirchen besonders wichtig, denn auch dort mehrten sich Stimmen, die Atomwaffen für notwendig halten. Ohne Rüstung Leben lädt Sie herzlich ein, nach Büchel zu kommen!

Die Predigt vor dem Atomwaffenstützpunkt wird in diesem Jahr Friedrich Kramer halten. Der Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland ist seit 2022 auch Friedensbeauftragter des Rates der EKD. Er hat sich immer wieder mit klaren Worten für den offiziellen Verzicht der NATO-Staaten auf einen nuklearen Ersteinsatz und für die Unterstützung des UN-Atom-

waffenverbotsvertrages (AVV) ausgesprochen. »Atomwaffen sind unvereinbar mit wahren Frieden«, betonte er im Jahr seiner Ernennung.

Neben der Predigt wird der Kirchliche Aktionstag gegen Atomwaffen wieder ein buntes Kulturprogramm, ein gemeinsames Mittagessen unter freiem Himmel und reichlich Gelegenheit zum Austausch bieten. Er findet am 25. Mai 2024 zwischen 11:00 und 15:00 Uhr vor dem Hauptort des Fliegerhorstes Büchel in der Eifel statt. Mit Unterstützung von Ohne Rüstung Leben organisiert das Forum Friedensethik (FFE) einen Reisebus vom Karlsruher Hauptbahnhof nach Büchel und

Landesbischof Friedrich Kramer
Foto: Anne Hornemann/ EKMD

zurück – eine gute Option für alle, die aus dem Südwesten ohne Auto anreisen möchten.

Simon Bödecker

Mehr Informationen zum Programm und zur Anreise finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.

Teilnehmende
beim Kirchlichen
Aktionstag in
Büchel
Foto: Simon
Bödecker



Regelmäßige Verstöße gegen internationales Recht

Neue Studie zu deutschen Rüstungsexporten



Deutschland wird beim Export von Rüstungsgütern seinen internationalen Verpflichtungen nicht gerecht. Das ist das Ergebnis einer neuen Studie, die die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«, terre des hommes und Ohne Rüstung Leben herausgegeben haben. Erarbeitet wurde sie durch Prof. Dr. Thilo Marauhn, Kristoffer Burck und Vera Strobel von der Professur für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Gießen.

Die Studie *Deutsche Rüstungsexporte – europäische und internationale Verpflichtungen* zeigt, dass Deutschland bei seinen Rüstungsexportentscheidungen regelmäßig gegen europäisches und internationales Recht verstößt. »Für alle EU-Länder, mit denen Rüstungskooperationen bestehen, gelten die gleichen Regeln«, erläutert Niels Dubrow, Referent für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben. »Statt sich den Forderungen der Projekt-

partner nach möglichst uneingeschränkten Exporten zu beugen, muss Deutschland den europäischen Regeln und dem Völkerrecht zur Durchsetzung verhelfen.«

Eckpunkte für Kontrollgesetz nicht ausreichend

Der beste Weg dafür ist ein konsequentes Rüstungsexportkontrollgesetz, für das sich Ohne Rüstung Leben bereits seit geraumer Zeit einsetzt. Wichtig dabei: Das Gesetz muss ein Verbandsklagerecht beinhalten, damit politische Entscheidungen gerichtlich überprüft werden können. »In anderen Ländern wie den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien und Südafrika gibt es diese juristischen Kontrollmöglichkeiten schon lange«, berichtet Susanne Weipert von der »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«. Die Studie stellt nun jedoch fest, dass der erste Eckpunkteentwurf für das Rüstungsexportkontrollgesetz den internationalen Anforderungen ebenfalls nicht ausreichend gerecht wird.

Konkrete Verbesserungsvorschläge benannt

Die Studie mahnt daher dringende Verbesserungen an. Etwa eine Pflicht zur öffentlichen Begründung aller Rüstungsexportentscheidungen, gesetzlich verankerte Kontrollmechanismen zum Endverbleib mit regelmäßigen Vor-Ort-Kontrollen und Genehmigungspflichten auch für Lizenzvergaben. Insgesamt benennt sie zehn Bereiche, in denen die deutsche Rüstungsexportpolitik im Widerspruch zu bestehenden völkerrechtlichen Verpflichtungen steht. Ein klarer Handlungsauftrag an die Bundesregierung!

Simon Bödecker

Kostenlose Exemplare der Studie (DIN A 4, 36 S.) erhalten Sie bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben und unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.

Neue Kampfflugzeuge für die saudische Diktatur?

Bis November 2018 wurde das autoritär geführte, menschenrechtsverletzende Königreich Saudi-Arabien mit modernsten deutschen Waffen beliefert. Erst als Reaktion auf die Ermordung des Journalisten Jamal Khashoggi verkündete die Bundesregierung einen weitreichenden Rüstungsexportstopp. Der Wert der Einzelgenehmigungen ging daraufhin abrupt zurück (2018: 416 Millionen Euro; 2019: 800.000 Euro). Doch nun zeichnet sich erneut eine Kehrtwende ab.

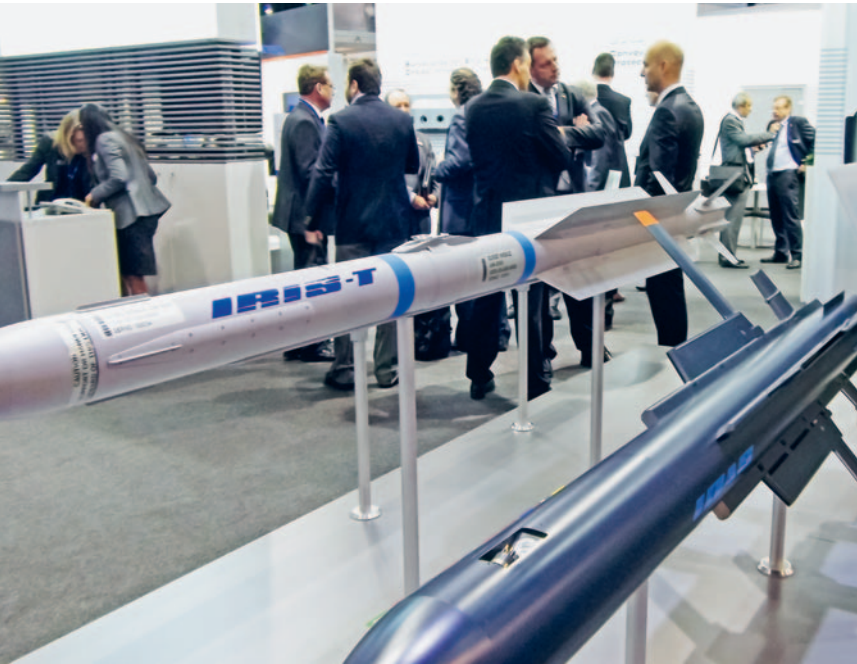
Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärte Anfang Januar 2024 überraschend, die Bundesregierung sei offen für die Lieferung von Eurofighter-Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien.¹

Als Grund dafür wurde die kontinuierliche Verbesserung der israelisch-saudischen Beziehungen genannt. Entscheidender dürfte jedoch die massive Aufrüstungspolitik sein, die das sicherheitspolitische Handeln in Europa seit der russischen Invasion der Ukraine bestimmt. Berlin will offensichtlich seine Zuverlässigkeit in europäischen und transatlantischen Gemeinschaftsprojekten demonstrieren. Das erste Opfer auf diesem Weg ist eine glaubwürdige Rüstungsexportpolitik.

Auf der Rückseite dieses Papieres dokumentieren wir den aktuellen Stand zu ausgewählten deutschen Rüstungsexportprojekten mit dem Königreich Saudi-Arabien.

Ein Eurofighter der saudischen Luftwaffe
Foto: Alan Hunter
(CC BY 2.0)





Iris-T-Raketen auf der Rüstungsmesse IDEX in Abu Dhabi
Foto: Niels Dubrow

- **Kampfflugzeug Eurofighter:** Bisher erhielten die saudischen Streitkräfte 72 Eurofighter.² Trotz der Nutzung dieser Flugzeuge für völkerrechtswidrige Luftangriffe im Jemen hat die Bundesregierung nun den Weg für die Lieferung von bis zu 48 weiteren Eurofightern frei gemacht.³
- **Luftkampfrakete Iris-T:** Bereits Ende der 2000er-Jahre hatte sich Saudi-Arabien für die Einführung der Raketen von Diehl Defence entschieden. Bis 2014 wurden 1.400 Stück ausgeliefert. Im Januar 2024 bestätigte die Bundesregierung, dass sie die Lieferung weiterer 150 Iris-T genehmigt hat.
- **Tankflugzeug A330 MRTT:** Saudi-Arabien verfügt bereits über sechs Tankflugzeuge dieses Typs, die von Airbus hergestellt werden. Die Flugzeuge spielten eine zentrale Rolle bei den Bombardierungen im Jemen. Anfang Februar 2024 gab Airbus dennoch bekannt, dass Gespräche über den Verkauf weiterer A330 MRTT aufgenommen wurden.
- **Luftkampfrakete Meteor:** Bei dieser Luftkampfrakete großer Reichweite handelt es sich um eine europäische Gemeinschaftsproduktion von MBDA. Bereits 2015 hatte sich Saudi-Arabien für den Kauf des Flugkörpers entschieden. Dennoch wurden bis 2023 keine Lieferungen erfasst, was vermutlich auf den deutschen Exportstopp zurückzuführen ist.⁴

- **Transportflugzeug A400M:** Im Februar 2024 erklärte ein Vertreter des Airbus-Konzerns, das saudische Interesse am Kauf des A400M sei bekannt. Es würden daher Gespräche geführt.⁵
- **Grenzsicherungssysteme:** Deutschland bildet seit 2009 (mit Ausnahme der Jahre 2018 und 2019) saudische Grenzsicherer an Systemen von EADS (heute Airbus) aus. Im Herbst 2023 wurde bekannt, dass saudische Grenzbeamte gezielt Hunderte äthiopische Schutzsuchende an der Grenze zum Jemen getötet haben sollen.⁶

Zahlreiche weitere Waffensysteme aus deutscher Produktion – vom Kampfpanzer bis zum Sturmgewehr – standen in der Vergangenheit bereits auf der saudischen Wunschliste. Es ist daher zu befürchten, dass in den nächsten Jahren wieder deutlich mehr Rüstungsgeschäfte mit Riad realisiert werden. Ohne Rüstung Leben fordert von der Bundesregierung, alle Rüstungsexporte an Saudi-Arabien ausnahmslos und konsequent auszuschließen sowie jede Ausbildung und militärische Zusammenarbeit mit saudischen Grenzsicherungseinheiten sofort einzustellen!

Redaktion: **Niels Dubrow**, März 2024

- 1 www.sueddeutsche.de/politik/ruestung-saudi-arabien-eurofighter-deutschland-lieferung-1.6022648; taz.de/Waffenlieferungen-in-Kriegsgebiete!/5983962/
- 2 Sipri Arms Transfer Database 2007–2023
- 3 www.timesaerospace.aero/features/defence/germany-stalls-saudi-typhoons
- 4 Sipri Arms Transfer Database 2009–2023; dsm.forecastinternational.com/2019/02/05/saudi-arabias-meteor-missile-buy-blocked/
- 5 www.businesstimes.com.sg/companies-markets/transport-logistics/airbus-talks-saudi-arabia-military-air-tanker-order
- 6 www.tagesschau.de/investigativ/monitor/saudi-arabien-grenzsicherung-ausbildung-bundespolizei-100.html

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch:

Brot für die Welt

mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

»Deutsche Waffen für die Welt?«

Ohne Rüstung Leben beim Katholikentag in Erfurt

»Zukunft hat der Mensch des Friedens« (Psalm 37,37). Unter diesem Leitwort findet vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2024 in Erfurt der 103. Deutsche Katholikentag statt.

Mit rund 500 Veranstaltungen will er dazu ermutigen, nach Wegen für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu suchen. Die Veranstalter haben sich »sachliche Debatten und Begegnungen auf Augenhöhe« auf die Fahnen geschrieben. Nötig ist ein solcher Austausch auch in der Frage deutscher Waffenlieferungen.

Daher wird Niels Dubrow, Referent für Rüstungsexportkontrolle bei Ohne Rüstung Leben, gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Ralf Stegner (SPD) am Planspiel »Deutsche Waffen für die Welt? – Szenarien für eine wirksame Rüstungsexportkontrolle« mitwirken. Es ist für den 31. Mai 2024 um 14:00 Uhr geplant.

Weitere Programmtipps zum Katholikentag haben wir unter www.ohne-ruerstung-leben.de/nachrichten zusammengestellt.

Simon Bödecker

Grafik: Katholikentag



Klimaschutz braucht Abrüstung

Petition an den Deutschen Bundestag



Weltweit versuchen Menschen, die Klimakrise und ihre verheerenden Folgen aufzuhalten. Doch Rüstung und Militär sind nicht verpflichtet, ihre Emissionen zu reduzieren – obwohl sie rund 5,5 Prozent des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes verursachen. Helfen Sie uns dabei, diese katastrophale Situation zu ändern!

Wir setzen uns mit unserer Petition an den Deutschen Bundestag dafür ein, dass die Streitkräfte weltweit ihre Emissionen genauso deutlich reduzieren müs-

sen, wie alle anderen Sektoren auch. Außerdem fordern wir einen Stopp der milliarden-schweren Aufrüstung, die dem Klima massiv schadet.

Sammeln Sie jetzt mit unserer Unterschriftenliste weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner für diese Forderungen.

Alle Informationen zur Aktion finden Sie unter www.ohne-ruerstung-leben.de/mitmachen.

Simon Bödecker

Kampf um den Stier

Bundeskanzler Scholz und die Taurus-Frage

Seit Monaten dreht sich die deutsche Diskussion zum Ukraine-Krieg um ein Thema: den Marschflugkörper Taurus (lateinisch für Stier). Hier zeigen sich besonders deutlich die verhärteten Fronten und die unsachlichen Auseinandersetzungen, die seit Beginn der russischen Invasion unsere Politik, Medien und Gesellschaft beherrschen.

Taurus ist ein schwerer Marschflugkörper, von dem ab 2005 insgesamt 600 Stück durch die Firma Taurus Systems GmbH, eine deutsch-schwedische MBDA-Tochter, an die Bundeswehr ausgeliefert wurden. Nach dem Start von einem Trägerflugzeug hat er im Tiefflug eine Reichweite von mindestens 500km. Sein Sprengkopf soll selbst stark gehärtete Bunker zerstören. Die Ukraine könnte damit Ziele weit innerhalb des russischen Staatsgebietes angreifen.

Hohes Eskalationsrisiko

Bundeskanzler Olaf Scholz steht der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine seit Beginn der Debatte im Sommer 2023 skeptisch gegenüber. Zwei Aspekte sind für ihn ausschlaggebend: Zum einen hält er das Eskalationsrisiko durch die Weitergabe einer Waffe mit der Reichweite und der Zerstörungskraft des Taurus in dieser Situation für zu hoch. Zum anderen legt er großen Wert auf eine enge Abstimmung mit den USA, die aus Sorge vor einer Eskalation selbst auch keine Marschflugkörper liefern.

Offensive Forderungen

Scholz bleibt damit seiner Linie treu, die Ukraine unterstützen zu wollen, ohne dabei selbst zur Kriegspartei zu werden. Für den

Kanzler sind das gute Gründe – nicht jedoch für diejenigen, die ihn seit Kriegsbeginn lautstark für jede Zurückhaltung kritisieren und jetzt offensiv die Lieferung von Taurus an die Ukraine fordern. Sie erhoffen sich eine militärische Führungsrolle Deutschlands und träumen von einem vollständigen Sieg der Ukraine auf dem Schlachtfeld. Dabei blenden sie die gefährlichen Folgen ihrer Siegesgewissheit über die Atommacht Russland weitgehend aus. Warnungen vor einem Atomkrieg sind für sie nur ein Zeichen der Schwäche. Der Bundeskanzler ist gut beraten, bei seinem Nein zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern zu bleiben. Es ist keine angemessene Strategie, immer mehr und immer zerstörerische Waffen zu liefern. Nötig sind vielmehr umfassende Friedensbemühungen für die Ukraine.

Niels Dubrow und Simon Bödecker

Forderung an den Bundeskanzler bei einer Demonstration in Berlin
Foto: dpa





Mehr Verantwortung übernehmen

Warum Verhandlungen im Ukraine-Krieg jetzt vorbereitet werden müssen

Rolf Mützenich (SPD), der Papst, Zehntausende bei den Ostermärschen: Sie alle sprachen sich dafür aus, zu überlegen, wie das Töten in der Ukraine durch Verhandlungen beendet werden kann – und zogen damit große Empörung auf sich. Dabei haben sie völlig recht!

Laut den Vereinten Nationen hat der Krieg bisher fast 11.000 zivile Todesopfer gefordert. Hunderttausende ukrainische und russische Soldatinnen und Soldaten sind gefallen oder wurden schwer verletzt. Millionen Menschen werden noch lange an körperlichen oder psychischen Folgen leiden. Die Politik – auch in Deutschland – muss jede Möglichkeit nutzen, das Leid zu stoppen! In Fachkreisen ist dabei unstrittig, dass es auch im Ukraine-Krieg früher oder später zu Verhandlungen kommen wird. Selbst Wolfgang Ischinger, der ehemalige Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, forderte bereits vor über einem Jahr, einen »Friedensprozess für die Ukraine« in Gang zu setzen.

Diplomatische Lösungen von außen unterstützen

»Verhandlungen erfordern eine gründliche Vorbereitung und Planung. Die Vorbereitungsmaßnahmen können beginnen, lange bevor sich die Konfliktparteien öffentlich zu Verhandlungen verpflichten«, betont die Studie *Verhandlungen über ein Ende des Krieges in der Ukraine* des Forschungsinstitutes »Inclusive Peace«. Basierend auf früheren Kriegen zeigt sie, wie diplomatische Lösungen von außen unterstützt werden können. So sei es wichtig, vorab zu klären, wer als Vermittler akzeptiert würde, welche vertrauensbildenden Maßnahmen mittelbar Beteiligte leisten können und wer die Einhaltung möglicher Vereinbarungen überwachen kann. Friedensverhandlungen entstehen nicht aus dem Nichts. Sie sind ein später Schritt in einem langen Prozess, dem sich Politik und Bevölkerung aller betroffenen Länder zunächst langsam annähern müssen, um Vertrauen aufzubauen.

Auf eine langfristige Friedensordnung hinwirken

In Deutschland jedoch beherrschen Waffen die Schlagzeilen. Krieg wird zunehmend als politische Option akzeptiert und verdrängt die friedenspolitischen Notwendigkeiten. Eine Bundespolitik, die wirklich Verantwortung übernehmen will, sollte jetzt mit internationalen Partnern detaillierte diplomatische Vorbereitungen treffen. Damit sie bestmöglich unterstützen kann, sobald sich die Gelegenheit für Gespräche zwischen der Ukraine und Russland bietet. Nur so kann es gelingen, einen baldigen Waffenstillstand zu erreichen, die legitimen Forderungen der Ukraine zu unterstützen und auf eine langfristige Friedensordnung für Europa hinzuwirken. Mit ihrer für Juni 2024 geplanten Friedenskonferenz ergreift die Schweiz gerade die Initiative. Deutschland sollte diesen Kurs unterstützen.

Simon Bödecker

Kundgebung des von Ohne Rüstung Leben mitgetragenen Bündnisses »Stoppt das Töten in der Ukraine« am 23. Februar 2024 in Berlin
Foto: Hendrik Haßel

Liebe Leserin, lieber Leser,

»über Frieden spricht hier gerade niemand!« – dieser Satz geht mir nicht aus dem Kopf. Er fiel unlängst bei einem unserer Hintergrundgespräche mit Menschen aus dem Bundestag. Anscheinend sind große Teile der Politik so fokussiert auf Kriegstauglichkeit, dass sie das eigentliche Ziel aus dem Blick verlieren: Wie kann Frieden erreicht und bewahrt werden?

Umso wichtiger, dass wir dagegenhalten! Etwa, indem wir mit EU-Abgeordneten über die inakzeptable Idee einer Eurobombe diskutieren (Seite 1). Wir haben außerdem die wichtigsten Inhalte aus den Parteiprogrammen zur Europawahl für Sie zusammengefasst (Seite 4). Und wir bringen weiter die traurige Realität deutscher Rüstungsexporte ans Licht (ab Seite 6). Es ist überfällig, dass die Politik in Berlin und Brüssel friedenspolitische Verantwortung übernimmt! Dazu gehört, nicht länger so zu tun, als sei die Lieferung von immer mehr Waffen

eine ausreichende Antwort auf die Kriege dieser Zeit, sondern endlich gemeinsam mit internationalen Partnern den Weg für diplomatische Lösungen zu ebnet (ab Seite 10).

Danke, dass Sie an unserer Seite sind. Ohne Ihre Spende und Ihr Engagement wäre unsere Arbeit nicht möglich!

Ich wünsche Ihnen einen gesunden Start in den Frühling. Ihr

Simon Bödecker



Impressum

Herausgeber

Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher

Redakteur

Simon Bödecker

Auflage

15.000

Informationen zum

Datenschutz

www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss

17. April 2024



Inhalt

1 | Titel

Absage an die Eurobombe

2 | Aktion

Eurobombe stoppen

3 | Hintergrund

»Viel zu gefährlich und destabilisierend!«
Interview mit Bram Schulte von »Vrede vzw«

5 | Aktion

Landesbischof Kramer predigt in Büchel

6 | Hintergrund

Neue Studie zu deutschen Rüstungsexporten

7 | kompakt

Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien

9 | Aktion

Ohne Rüstung Leben beim Katholikentag in Erfurt

9 | Aktion

Klimaschutz braucht Abrüstung

10 | Aktuell

Kampf um den Stier

Bundeskanzler-Scholz und die Taurus-Frage

11 | Aktuell

Mehr Verantwortung übernehmen

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEF1EKT | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden